

Zwischen Aufklärung, Revolution und Parteispaltung.

Georg Ledebour, eine biografische Annäherung

Holger Czitrich-Stahl

Georg Theodor Ledebour erblickte am 7. 3. 1850 als vierter und jüngster Sohn des Kanzleiinspektors am Obergericht Hannover Ernst Remigius Ledebour und dessen Frau Caroline in Hannover das Licht der Welt. Ledebour galt als großer Parlamentsredner der Sozialdemokratie und gewann seit 1900 den Wahlkreis Berlin VI, den vorher Wilhelm Liebknecht für die Sozialdemokratie im Reichstag vertrat, mit ständig wachsenden Mehrheiten von schließlich über 80 Prozent der Wählerstimmen. Er war sehr öffentlichkeitswirksam für eine SPD, die auf der Grundlage des „Erfurter Programms“ von 1891 eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft anstrebte und kaum aufzuhalten schien. In all ihren Debatten, Krisen und Spaltungen verteidigte Ledebour entschlossen seine Positionen, die sowohl von einem radikalen Demokratie- wie praktisch orientierten Marxismusverständnis geprägt waren. Seine politischen und moralischen Grundpositionen verteidigte er auch in Perioden grundlegenden Wandels, in der Revolution 1918/19 ebenso wie in der Weimarer Republik, im Kampf gegen die NSDAP und im Exil. Doch führte sein politischer Weg in die Isolation, sodass zu fragen ist, inwieweit seine moralischen und politischen Positionen und die Kompromisslosigkeit ihrer Verteidigung eine Ursache für seine wachsende politische Bedeutungslosigkeit darstellten. Grund genug also, sich seiner zu erinnern.

Doch soll es nicht allein um eine biografische Skizze seines Lebens und politischen Wirkens gehen,¹ sondern auch um die Frage, welche Schlüsse sich aus seiner Lebensleistung ziehen lassen könnten für die Gegenwart, in der rechte und rechtsextreme Strömungen politisch immer mächtiger werden. Schon die Überschrift weist darauf hin, dass Ledebour zahlreiche – persönliche wie politische – Facetten besaß.² Als Redner trat er wortgewaltig und oft polarisierend

1 An dieser Stelle möchte ich auf meine Biografie Ledebours verweisen: Holger Czitrich-Stahl: Der Oppositionelle. Georg Ledebour (1850–1947): Linksliberaler, Sozialdemokrat, Linkssozialist, Berlin 2024.

2 Das thematisierten aus unterschiedlichem Blickwinkel auch Ursula Ratz: Georg Ledebour 1850–1947. Weg und Wirken eines sozialistischen Politikers, Berlin 1969, die Dissertation

auf. Das war für die kaiserzeitliche SPD, die sich ja in noch klarer Opposition zur bürgerlich-junkerlichen Gesellschaft und ihrem verkümmerten Parlamentarismus befand, eine wertvolle Gabe. Als Volksredner an der Basis begeisterte er seine Anhängerinnen und Anhänger und vermochte sie in Massen zu mobilisieren. Das galt auch für die Phase nach 1916/17, als sich die Sozialdemokratie spaltete, als Ledebour mit Hugo Haase und anderen die USPD gründete, als 1918/19 im Zuge der Novemberrevolution das Kaiserreich durch die Republik ersetzt wurde, die sich ab 1919 den Angriffen der Gegenrevolution erwehren musste.

Doch zeigte sich schon in diesen Umwälzungen, dass Ledebour seine Bevorzugung einer fundamentalen Opposition als politischer Grundhaltung auch mit einem Charakterzug der Unbedingtheit und Kompromisslosigkeit verband, was ihn und die verbliebene kleine USPD nach 1922 in eine Randstellung verwies, die einer Kleinstpartei glich. Deshalb liegen Vergleiche zwischen seinem Agieren und dessen Folgen vor rund 100 Jahren mit aktuellen Umbrüchen der politischen Linken nahe.

Mit dem Wiedererstarken der Gegenrevolution ab 1919/20 schrumpfte nach und nach die Existenzbasis einer linkssozialistischen Partei wie der USPD, die schließlich weder SPD noch KPD standhalten konnte. Mit dem heutigen Erstarren der AfD als nationalistischer und regional semifaschistischer Partei und der Schwächung von Parteien wie der SPD, der FDP und den Grünen einerseits und der Abspaltung des BSW von der Linkspartei sind Konstellationen entstanden, die an den Beginn von Phasen grundlegender Umbrüche wie an die Zeit nach der Weltwirtschaftskrise 1929 und ihre dramatischen Folgen erinnern. An dieser Frage könnte der historische Blick zurück eventuell dahinter liegende Verhaltensmechanismen offenlegen, die eine positive Lösung im Sinne der politischen Linken, z. B. die Verhinderung des Faschismus und die Verteidigung und den Ausbau der Demokratie, verhindert haben mögen.

Doch im Zentrum der Betrachtung steht die Frage, was Ledebour mit seinem politischen Wirken, z. B. für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, den Schutz von Minderheiten und für eine ausgeprägte soziale Demokratie der Nachwelt hinterlassen hat.

von Elke Keller: Georg Ledebour, Ein alter sozialistischer Haudegen (Entwurf für ein Taschenbuch), Ost-Berlin 1987 sowie das Book on Demand von Hartfrid Krause: Die USPD nach 1922. Zum 70. Todestag von Georg Ledebour (2017), Norderstedt 2017.

Vom frühen Sozialliberalen zum Sozialdemokraten (1876–1891)

Ledebour wuchs zunächst in einem nach außen hin geordneten und einigermaßen gesicherten bürgerlichen Umfeld auf. Sein Großvater hatte den Berufsweg im protestantischen Kirchendienst eingeschlagen und so den Weg einer bürgerlich geprägten Laufbahn und Lebensweise vorgezeichnet. Doch musste der neunjährige Georg verarbeiten, dass sich sein Vater im Mai 1859 das Leben nahm, weil er sich wohl finanziell übernommen hatte. Bereits eine Generation zuvor schied ein Verwandter des Vaters freiwillig aus dem Leben, weil ihm das berufliche Fortkommen verwehrt wurde. Ein Jahr nach dem Selbstmord des Vaters verstarb auch Georgs Mutter, sodass er nun Vollwaise war, der von seinem Patenonkel aufgenommen wurde. Als dieser 1862 ebenfalls verstarb, wuchs er bei einem älteren Bruder auf. Überdies hatte sich als Folge einer unzureichend behandelten Knochentuberkulose ein steifes rechtes Knie eingestellt. Diese Folge an Schicksalsschlägen dürften den jungen Georg so geprägt haben, dass er an Schnittstellen seines Lebens, auch an politischen, mit einem radikalen Bruch reagierte. Aus diesen traumatischen Erfahrungen resultierte vermutlich seine außergewöhnliche Kompromisslosigkeit, die ihn z. B. lieber ein neues politisches Umfeld suchen ließ, als den Ausgleich zu suchen.³

Die Ursprünge der Familie Ledebour lassen sich gesichert bis an das Ende des 17. Jahrhunderts in die heutige niedersächsische ehemalige Residenzstadt Diepholz zurückverfolgen. Weitere Spuren führen im frühen 17. Jahrhundert in das ehemalige Fürstentum Minden und dort nach Ströhen, heute der nördlichste Ort Nordrhein-Westfalens. Demzufolge entstammt ein Ahne Ledebours als „illegitimer“ Sohn der Adelsfamilie von Ledebur, deren Herrschafts- und Verbreitungsbereich in der Region zwischen Osnabrück, Minden und Münster lag. Ledebour selbst hatte, so überlieferte es seine politische Schülerin, die Reformpädagogin Anna Siemsen, großen Wert auf seine Abkunft von freien Bauern gelegt.⁴

Anfang des Jahres 1876 verließ der gelernte Kaufmann Georg seine Vaterstadt Hannover und siedelte für sechs Jahre nach England über. Ausschlaggebend dafür könnte gewesen sein, dass er sich von der „Berührung mit Sprache, Wesen und Eigenart der Engländer“⁵ angezogen gefühlt haben muss, ebenso

3 Ebenda, S. 21–24, 29.

4 Anna Siemsen: Georg Ledebour, in: Ledebour. Mensch und Kämpfer. Zusammengestellt von Minna Ledebour, Zürich 1954, S. 16f.

5 Ratz, Ledebour, S. 9.

wie von ihrer zum Praktisch-Empirischen neigenden Denkweise. So könnte er den Entschluss gefasst haben, „die englischen Verhältnisse an Ort und Stelle zu studieren“.⁶ In England arbeitete er als Journalist für deutsche Zeitungen wie „Der Gewerkverein“ der liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsbewegung.⁷ Bis in den Sommer 1882 hinein blieb er in England und betätigte sich regelmäßig als Korrespondent. Sein Augenmerk galt vor allem der britischen Gewerkschaftsbewegung, die sich noch auf die liberalen „Whigs“ als ihren parlamentarischen Arm orientierte. Auch die dortigen sozialpolitischen Entwicklungen verfolgte er aufmerksam und berichtete über sie. Der für die damaligen Verhältnisse in Europa fortgeschrittene Parlamentarismus und seine die Monarchie kontrollierende Rolle beeindruckten ihn sehr. Das House of Commons besaß im Vereinigten Königreich die führende legislative Kompetenz, der König war ein „King in Parliament“, also das Gegenteil des seinerzeitigen preußischen Halbabsolutismus.

Die in England verbrachten Jahre formten sein sozialliberal-radikaldemokratisches Politikverständnis, das er im Sommer 1882 nach Berlin mitbrachte. Neben seinem Eintreten für einen starken Parlamentarismus, für eine stetige Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen durch Arbeitsschutz, Arbeitszeitverkürzung und eine sie stärkende Sozialpolitik lagen ihm auch die Rechte von Minderheiten und der Schutz und die Gleichberechtigung von kolonisierten Völkern am Herzen. Wenn Ledebour z. B. im Reichstag oder auf Parteitagungen von „Nationalitätentoleranz“ sprach, meinte er zugleich den friedlichen Ausgleich zwischen den Staaten als auch die gegenseitige Achtung ihrer Sprachen und Kulturen.

Diese Grundkonstanten seines politischen Einsatzes und seiner parlamentarischen Aktivitäten blieben zeitlebens als Kernmotivation sichtbar. Gerade in Berlin angekommen, gehörte er zu den Mitbegründern des „Vereins für Rechtsschutz und Justizreform“, der sich für die Rechtsbelange der „kleinen Leute“, aber auch für Opfer des „Sozialistengesetzes“ engagierte. Sein Credo lautete: „Im Kampfe sollst Du Dein Recht finden“.⁸ Zeitgleich trat er als Redner für die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und weiterhin als Autor in ihrer

6 Ebenda.

7 Czitrich-Stahl, *Der Oppositionelle*, S. 31. Seit September 1877 ist diese Tätigkeit nachweisbar.

8 Der Ledebour-Prozeß. Gesamtdarstellung des Prozesses gegen Ledebour wegen Aufruhr etc. vor dem Geschworenengericht Berlin-Mitte vom 19. Mai bis 25. Juni 1919, Berlin 1919, S. 790.

Zeitschrift „Der Gewerkverein“ öffentlich in Erscheinung.⁹ Aus dieser Phase seit 1882 resultierten Ledebours erste Kontakte zur Berliner Sozialdemokratie.

Ledebours Hoffnungen auf einen radikalen Liberalismus in Preußen und im Deutschen Reich erfüllten sich nicht. Eine „Glorious Revolution“ wie in England 1688/89 blieb aus. Stattdessen hatten sich die liberalen Parteien, auch die Freisinnigen als Nachfolger der Fortschrittspartei, der Ledebour bis 1884 angehörte, mit Bismarck arrangiert. Weder öffnete diese sich für Fragen der Sozialgesetzgebung oder der genossenschaftlichen Selbsthilfe, noch setzte sie sich entschlossen für die Abschaffung des „Sozialistengesetzes“ ein.¹⁰ Ledebour war deren Parteigründung ferngeblieben. Seine klare Frontstellung gegen die Hohenzollernherrschaft ließ es nicht zu, einer Partei mit indifferenten Positionen beizutreten. Hier zeigte sich erstmals deutlich ein Reaktionsmuster, das er lebenslanglich beibehielt: In politischen Konfliktsituationen bestand er auf seinen Grundsätzen und ging keine inhaltlichen oder taktischen Kompromisse ein.¹¹

Nach seiner Ablehnung der Mitarbeit bei den Freisinnigen eröffnete sich nun für Ledebour neben seinen Aktivitäten bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen und in der zivilgesellschaftlichen Rechtshilfe ein weiteres Betätigungsfeld. Aus mehreren lokalen Demokratischen Vereinen entstand der Versuch, eine neue linksliberale Partei zu gründen. Ledebour warb in der von ihm geführten Zeitung „Demokratische Blätter“ energisch für die im September 1885 in Hamburg formierte „Demokratische Partei“, der jedoch bis 1888 nur ein sehr kurzes Leben beschieden war.¹² Ledebour, der die „Demokratischen Blätter“ von 1884 bis 1886 prägte, fand in der Redaktion der in der Tradition der 1848er stehenden „Berliner Volks-Zeitung“ eine neue publizistische Aufgabe. Gemeinsam mit Franz Mehring und dem Demokraten Hermann Trescher ging er sie mit großem Engagement an. Doch die sich mit dem „Dreikaiserjahr“ 1888 immer deutlicher abzeichnende Annäherung des Blattes an die Sozialdemokratie führte 1890/91 zu einem Richtungskonflikt der Redaktionmehrheit um Mehring und Ledebour mit den Besitzern und dem Aufsichtsrat der Berliner Volks-Zeitung. Letztere wollten wie die Freisinnigen keinen Dauerkonflikt mit der Obrigkeit eingehen, sodass Mehring und Ledebour ihre Stellung verloren.

9 Ratz, Ledebour, S. 12–15; Czitrich-Stahl, Der Oppositionelle, S. 43–54.

10 Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988, S. 195–198.

11 Als Fazit dazu Czitrich-Stahl, Der Oppositionelle, S. 457.

12 Gustav Seeber/Walter Wittwer: Kleinbürgerliche Demokraten im Bismarckstaat. Entwicklungstendenzen und Probleme, Berlin (DDR) 1971, S. 169.

Ihr weiterer politischer Weg führte sie 1891 in die wieder legale sozialdemokratische Partei. Dies lag umso näher, als sich politisch und soziokulturell längst Netzwerke zwischen Sozialliberalen, radikalen Demokraten und Sozialisten in Berlin gebildet hatten.

Dort bewegten sich neben den SPD-Vorsitzenden August Bebel und Wilhelm Liebknecht wichtige politische Persönlichkeiten wie Paul Singer oder Johann Jacoby, die einen Übergang zwischen Sozialdemokratie und Linksliberalismus verkörperten, der es den beiden ermöglichte, ohne nennenswerte Korrekturen ihrer Grundpositionen politisch aktiv zu bleiben.

Was der Liberalismus inhaltlich vernachlässigte, um den Schalthebeln der Macht näher zu kommen, fiel nun der oppositionellen Sozialdemokratie zu.¹³ Ledebour begründete seinen Beitritt zur SPD im „Vorwärts“ entsprechend:

„Ich war niemals Mitglied der deutschfreisinnigen, noch der Volkspartei, sondern habe mich an den Versuchen beteiligt, eine alle Bevölkerungsklassen vertretende demokratische Partei ins Leben zu rufen, bis meine Erfahrungen mich zu der Erkenntnis brachten, dass von unserer Bourgeoisie kein aufopferungsvolles Eintreten für die Volksinteressen zu erwarten sei, dass vielmehr eine Revolutionierung unserer gesamten Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialdemokratie erforderlich sei zur Herstellung eines menschenwürdigen Zustandes aller Glieder unseres Volkes, und dass nur die Arbeiterklasse die Kraft und den Willen habe, diese Revolutionierung durchzuführen.

Seitdem bin ich in diesem Sinne publizistisch und öffentlich tätig gewesen und habe mich nach Bekanntmachung des neuen Parteiprogramm-Entwurfs, mit dem ich im Prinzip völlig einverstanden bin, durch ausdrückliche Erklärung der sozialdemokratischen Partei angeschlossen.“¹⁴

13 Die Entwicklung Paul Singers vom Demokraten zum Spitzenpolitiker der Sozialdemokratie nach 1868 im Kontext dieser Netzwerke rekonstruierte Ursula Reuter: Paul Singer (1844–1911). Eine politische Biographie, Düsseldorf 2004, S. 42–53.

14 Georg Ledebour: Erklärung, „Vorwärts“, 12. 9. 1891.

Zwischen Aufklärung, Streitlust und Durchbruch: Der Weg in den Reichstag (1891–1900)

Dem frischgebackenen Sozialdemokraten Ledebour fiel der inhaltliche Neustart weniger schwer als die Gewinnung vorbehaltloser Anerkennung seiner Person. Vor allem lag dies daran, dass ihm der „Stallgeruch“ des Proletariats fehlte.¹⁵ Doch Wilhelm Liebknecht war ihm eine große Stütze, als er ihn 1891 in die Redaktion des „Vorwärts“ und als Lehrer an die Arbeiterbildungsschule holte. Beide einte, dass sie ihr Weg vom radikalen Demokraten zum entschiedenen Sozialisten geführt hatte, im politischen Denken beider besaßen die revolutionären Ziele und politischen Erfahrungen von 1848 einen zentralen Stellenwert. Neben diesen Tätigkeiten wirkte Ledebour im „Leseklub Karl Marx“, der bis 1895 eine regelrechte Kadenschmiede der Berliner Sozialdemokratie war.¹⁶ Hier und an der Arbeiterbildungsschule konnte er sein rednerisches Talent formen und entwickeln, als Redakteur des „Vorwärts“ verfasste er scharfzüngige Rezensionen und Beiträge, die auch Karl Kautsky gefielen, der ansonsten häufig Kritik an Ledebour übte.¹⁷ Doch gelang es jenem, sich als Lehrer und Redner und als geselliger Mensch gerade bei jungen Anhängerinnen und Anhängern der SPD einen guten Namen zu machen, sodass er bald zu einer festen Größe in der Berliner Parteiorganisation wurde.

Gerade in den Anfangsjahren begleiteten ihn nicht selten Schmähungen von liberaler Seite, die er mit großer rhetorischer Schärfe beantwortete. Auch diese Erfahrungen dürften ihn bestärkt haben, politische Abwendungen und Neuanfänge möglichst vollständig zu gestalten und Personen, die sich gegen ihn gestellt hatten, von da an zu meiden bzw. zu bekämpfen.¹⁸ Dies galt zeitweilig sogar für seinen langjährigen Mitstreiter Franz Mehring im Falle der Spaltung der „Freien

15 Diese Einschätzung formulierten sowohl Anna Siemsen als auch Alfred Grotjohann. Siemsen, Georg Ledebour, S. 18; Alfred Grotjohann: Erlebtes und Erstrebtes. Erinnerungen eines sozialistischen Arztes, Berlin 1932, S. 62.

16 Marga Beyer: Der Leseklub „Karl Marx“ in Berlin (1890–1895), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1983, H. 2, S. 231–237.

17 Kautsky schrieb an Victor Adler, dass er Ledebours Rezensionen gern läse, ihn aber ansonsten für zu eigensinnig und zu rechthaberisch hielte. Ders.: Brief an Victor Adler, 20. 6. 1895, in: Victor Adler: Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954, S. 181.

18 Ebenda, S. 104–107: Am 9. 5. 1892 hatte der Vorsitzende des „Freisinn“ Eugen Richter in der „Freisinnigen Zeitung“ heftig gegen Ledebour polemisiert, sodass dieser im „Vorwärts“ vom 10. und 13. 5. 1892 scharf replizierte.

Volksbühne“, die sich in den Konflikt zwischen dem Parteiestablishment und den eher syndikalistisch-anarchistisch orientierten „Jungen“ hineingezogen sah. Während Ledebour sie und seinen Freund Bruno Wille des Vereins „Freie Volksbühne“ verteidigte, wurde Mehring nach dessen erzwungenem Rücktritt sein Nachfolger, was zu einer heftigen Debatte in Kautskys „Neue Zeit“ führte, die auch persönliche Angriffe enthielt.¹⁹ Dieses Verhaltensmuster galt nicht minder für sein Privatleben. Eine Affäre mit der Schriftstellerin Lou Andreas-Salomé, die sich von 1891 bis 1894 erstreckte, endete mit einer Trennung im Unguten. Als sie sich 1917 an ihn mit der Bitte wandte, ihren im nun revolutionären Russland lebenden bürgerlichen Verwandten zu helfen, ignorierte er ihr Ansinnen.²⁰ Schon in jenen Jahren zeigten sich seine janusköpfigen Eigenschaften deutlich. So wie er ein engagierter Lehrer und Aufklärer war, der zu begeistern wusste, so unveröhnlich konnte er auf persönlicher Ebene sein.

Dies galt, wenngleich noch nicht in vollem Ausmaß, auch für seine Beteiligung an den großen Parteidebatten. In der heftig diskutierten „Agrardebatte“ der SPD 1894/95 stand Ledebour prinzipiell auf der Seite derer um Kautsky, die die Zukunft im sozialistischen Großbetrieb sahen und kleinbäuerliches Eigentum zu stärken, wie es Georg von Vollmar forderte, deshalb für falsch hielten. Doch wegen einer Detailfrage geriet er in einen heftigen publizistischen Streit mit Kautsky, als er forderte, bei den agrarpolitischen Forderungen die „Besitzliebe“ der Bauern als politisches Bewusstsein in Rechnung zu stellen, statt auf die gleichen Positionen und Argumente wie bei der Agitation der Arbeiterschaft zu setzen.²¹

Die bedeutende „Revisionismusdebatte“ wiederum bestritt Ledebour an der Seite Bebels und Kautskys, was ihn ans „marxistische Zentrum“ heranrücken ließ. Eine Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen lehnte er prinzipiell ab, wobei der im Vergleich zu England verkümmerte (Schein-)Parlamentarismus als Grund ausschlaggebend war. Als es Jahre später, die SPD nahm nun an den preußischen Landtagswahlen teil, um Stichwahlabkommen mit den Liberalen ging, um in den Wahlmännerkollegien auch SPD-Kandidaten durchzusetzen, widersetzte sich Ledebour dieser Forderung. Dabei war ganz sicher sein

19 Franz Mehring: Zur „Krisis“ der Freien Volksbühne, in: Die Neue Zeit (NZ), 1892/93, H. 6, S. 180–184; Georg Ledebour: „Zur Krisis der Freien Volksbühne“. Eine Erwiderung, in: NZ 1892/93, H. 9, S. 284–289.

20 Czitrich-Stahl, Der Oppositionelle, S. 132–135.

21 Ratz, Ledebour, S. 168.

gewachsener Unmut über die Liberalen, die die eigenen Ziele aufgegeben hätten, von Bedeutung.²²

Doch erst die Zäsur des Todes des Parteipatriarchen Wilhelm Liebknecht am 7. August 1900, der den Wahlkreis Berlin VI mit Arbeiterbezirken wie Wedding und Moabit im Reichstag vertreten und große Wahlsiege errungen hatte, führte Ledebour letztlich ins Zentrum des Parteigeschehens. Nachdem er zum Kandidaten der SPD für die Nachwahl am 30.10.1900 gewählt worden war, führte er einen engagierten Wahlkampf, unterstützt von der Parteiführung und allen Strömungen, um diesen bedeutenden Wahlkreis wieder zu gewinnen. Am Wahltag wurde Ledebour mit einem achtbaren Ergebnis von 53 895 Stimmen erstmals in den Reichstag gewählt, dem er bis zur Novemberrevolution angehören sollte.²³

Parlamentarismus, Nationalitätentoleranz, Frieden und Selbstbestimmungsrecht der Völker (1900–1914)

Ledebour betrat die parlamentarische Bühne zu einer Zeit, „da in den Parlamenten noch ernsthaft um Weltanschauungsfragen gerungen wurde, da die Sitzungssäle der Parlamente noch Tribünen waren, von denen aus zum Volk oder zu den Völkern gesprochen wurde, da Reden im Parlament – nicht zuletzt durch das Echo, das sie ‚draußen‘ fanden – die Waagschale politischer Entscheidungen zugunsten der einen oder anderen Seite senken konnten“, wie Richard Kleineibst sich erinnerte.²⁴ Beeindruckt vom englischen Parlamentarismus und selbst ein geübter Redner, muss Ledebour die Abgeordnetentätigkeit als Herausforderung und Belohnung gleichermaßen verstanden haben. War das politische Gewicht des Reichstags zu jener Zeit noch vom Bundesrat beschränkt, in dem die Fürsten der Bundesstaaten ihre eigene Kammer und ebenfalls eine Gesetzesinitiative besaßen, konnte dennoch die Sozialdemokratie hier die parlamentarische

22 Czitrich-Stahl, *Der Oppositionelle*, S. 148–152.

23 Wilhelm Liebknecht hatte 58 778 Stimmen (1898) bzw. 51 569 (1893) erreicht, Ledebours Ergebnis liegt also dazwischen. Nachzulesen bei Eduard Bernstein: *Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung*. Dritter Teil: Fünfzehn Jahre Berliner Arbeiterbewegung unter dem gemeinen Recht, Berlin 1910, S. 200.

24 Richard Kleineibst, *Parlament und Parlamentarier im Wandel der Zeiten*, in: Ledebour. Mensch und Kämpfer, S. 34. Kleineibst (1886–1976) gehörte 1931 zu den Gründern der SAP und floh wie Ledebour, Crispian u. a. 1933 vor der NS-Verfolgung in die Schweiz.

Debatte zur Tribüne des Klassenkampfes umfunktionieren und ihre Positionen öffentlichkeitswirksam zum Ausdruck bringen.

Das war eine Situation wie geschaffen für ihn. So wies Kleineibst auf den bekannten Ausspruch von Friedrich Engels hin, „dass die Sozialdemokratie sogar unter der eingeschränkten (parlamentarischen) Demokratie ‚stramme Muskeln und rote Backen‘ bekäme“.²⁵ Wilhelm Dittmann knüpfte hieran an, wenn er sich an den Parlamentarier erinnerte:

„Im Parlament war Ledebour ganz in seinem Element und gehört bald zu den maßgebenden Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, besonders in den Fragen der auswärtigen Politik und des Verfassungswesens. Sein umfassendes Allgemeinwissen und seine große Sprachbeherrschung im Verein mit seiner klaren, scharf akzentuierenden Aussprache und einer ausgeprägten rednerischen Begabung verschafften ihm bald den Ruf eines der besten Parlamentsredner.“²⁶

Seine Reden waren nicht allein an die Arbeiterschaft als Resonanzboden gerichtet, sondern wandten sich häufig an die Parteien des Bürgertums mit der Aufforderung, endlich das Junkertum zu entmachten und ein vollständiges parlamentarisches System durchzusetzen. Die eigene biografische Enttäuschung über das Arrangement des Bürgertums mit der Monarchie fand hier ein probates politisches Ventil und Forum. Die Reden waren so gestaltet, schrieb Kleineibst, „dass es für jeden Menschen, der Sinn hat für guten Stil, für schlagkräftige Formulierungen, für Humor, Witz, Ironie und natürliche Heiterkeit und gute Laune, eine Freude ist, sie zu lesen“.²⁷

In der Reichstagsfraktion übernahm Ledebour bis zum Sommer 1913 keine Leitungsfunktion. Dennoch baute er seine Position nach und nach aus. Dazu dürfte beigetragen haben, dass er sich bei Kolonial-, Marine- und Heeresfragen sowie außenpolitischen Debatten besonders engagierte. Das ihm verhasste „Persönliche Regiment“ Kaiser Wilhelms II. und die Rückständigkeit des politischen Systems und der Verfassungsgewichte im Reich gegenüber Großbritannien und dessen wesentlich stärker ausgeprägtem Parlamentarismus gaben ihm

25 Ebenda.

26 Wilhelm Dittmann: Georg Ledebour der Parlamentarier, in: Ledebour. Mensch und Kämpfer, S. 37.

27 Kleineibst, Parlament, S. 36.

fortwährend Anlass zu beißender Kritik. Darüber hinaus lagen ihm die Rechte von ethnischen Minderheiten besonders am Herzen. Vor allem die gegen die polnische Minderheit in Preußen gerichtete Politik fand in ihm einen unerbittlichen Kritiker, sodass er schon bald den Spitznamen „Ledebour“ erhielt.²⁸ Tatsächlich sprach er in seinen ersten Parlamentsreden vor allem zur Polenpolitik. Am 27.2.1901 brach er eine Lanze für die Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten in Deutschland, bezog sich vor allem auf die Polen, aber auch auf die Dänen in Schleswig und Holstein, kritisierte die antipolnische Propaganda und Politik der Regierungen im Reich und in Preußen und forderte die Gleichstellung aller Minderheiten nach dem Vorbild der Schweiz.²⁹

Die Versuche, die polnische Sprache und Kultur immer weiter zu unterdrücken, z. B. durch die Nichtbelieferung von Postempfängern mit polnisch geschriebenen Adressen oder die Ausgrenzung des Polnischen aus dem Schulunterricht, hatten Ende des Jahres 1901 die Lage in der preußischen Provinz Posen eskalieren lassen, sodass es zum „Wreschener Schulstreik“ gekommen war. Die Schulaufsicht ging disziplinarrechtlich scharf gegen die streikenden Schüler und Lehrer vor und scheute nicht vor Körperstrafen gegen die Heranwachsenden zurück. Ledebour bezeichnete diese Politik als „kulturmörderisch“ und stellte sie in eine Reihe mit den Religionskriegen des 16./17. Jahrhunderts.³⁰ In den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg gab es für Ledebour weitere Anlässe, in größerer Rede auf diese Problematik zurückzukommen. Er meldete sich dort mehrfach zu Wort und vertrat seine gewachsenen Auffassungen von der Nationalitätentoleranz und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker vehement. Gerade der Wunsch des polnischen Volkes, wieder einen eigenen Staat zu haben und sich aus der ungeliebten Situation der Zugehörigkeit zum Zarenreich zu befreien, stellte für ihn auch einen Schutz vor Konflikten mit Russland dar. Doch neben diese außenpolitische Kalkulation trat vermutlich ein drittes Moment, nämlich die Sympathie des Demokraten und Sozialisten mit den demokratischen und nationalen Bewegungen in Polen, die sich seit 1830 bzw. immer wieder kämpferisch gezeigt hatten. Ledebours Verdienst in dieser Frage ist zweifellos, dass er in einer Zeit des überbordenden Nationalismus und der zunehmenden Geringschätzung der Polen durch Deutsche einen konsequenten Gegenstandspunkt der

28 Dittmann, Ledebour, S. 44.

29 Georg Ledebour: Reichstagsrede v. 27. 2. 1901, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Bd. 180, S. 1583–1585. (Künftig: Sten. Ber. RT).

30 Ders.: Reichstagsrede vom 10. 12. 1901, in: Sten. Ber. RT, Bd. 182, S. 3106–3111.

SPD parlamentarisch maßgeblich formulierte, der auf Nationalitätentoleranz und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker basierte.

Als schriftliches Hauptzeugnis seiner parlamentarischen und politischen Arbeit zwischen 1900 und 1914 muss die Schrift „Die deutsche Kolonialpolitik“ angesehen werden. Sie erschien im Auftrag des Parteivorstandes, schrieb die politische Richtung der Mehrheit von Parteivorstand und Reichstagsfraktion fest und erschien ohne Namensangabe als Denkschrift anlässlich des Internationalen Sozialistenkongresses (18.–24. 8. 1907) in Stuttgart.³¹ Ledebour erblickte in der deutschen Kolonialpolitik die andere Seite der Medaille der Unterdrückung nach Innen mittels Sozialistengesetz und Schutzzollpolitik, einer „politischen Unterdrückungsperiode, durch die das deutsche Volk seit drei Dezennien bedrängt wird“.³² Er verurteilte die praktische Kolonialpolitik genauso grundsätzlich und scharf wie den ihr vorausgegangenen unrechtmäßigen Landerwerb, dessen Praxis er an Beispielen aufzeigte. Mit der deutschen Eroberungs- und Vernichtungspolitik, der besonders zwischen 1904 und 1909 Zehntausende Herero und Nama zum Opfer fielen, rechnete er schonungslos ab. Die Landrückgabe an die indigene Bevölkerung und ihre Selbstbestimmung wurden in dieser Schrift fixiert und waren bis zum Kriegsbeginn 1914 programmatischer und inhaltlicher Bestandteil der Politik der Reichstagsfraktion.

Eine Minderheit in der SPD um Eduard Bernstein, Gustav Noske und Eduard David, die eine „sozialistische Kolonialpolitik“ vorschlugen, eine Vorstellung, die sich auch in einer Minderheit der Zweiten Internationale wiederfand, konnte sich nicht durchsetzen. Auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart sorgte Ledebour u. a. gemeinsam mit Kautsky für einen Beschluss, der den Kolonialismus prinzipiell ablehnte.³³ In zahlreichen Reichstagsreden ließ er einen grundsätzlichen Standpunkt erkennen, der die Gleichwertigkeit, Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Menschen voraussetzte. Sein Rechtsstandpunkt ergab sich aus der Verbindung von Klassenstandpunkt und Gleichheitsstandpunkt und lautete, dass alle Völker überall ein Recht auf Gleichbehandlung besitzen, und wo sie unterdrückt werden, die Arbeiterbewegung für Verbesserungen und für ihre Rechte einzutreten habe. Ledebours Mitgefühl, seine Empathie, die sich aus seinen moralischen Auffassungen ergaben, waren eng mit dem

31 Georg Ledebour: Die deutsche Kolonialpolitik, Berlin 1907. (Ein entsprechender Vermerk zur Autorenschaft findet sich im Nachlass von Wilhelm Dittmann).

32 Ebenda, S. 2.

33 Czitrich-Stahl, Der Oppositionelle, S. 224f.

Grundsatz der Gleichheit verbunden. Hieraus ergab sich eine strikte Ablehnung jeder Form von Anlehnung an die herrschende Kolonialpolitik, die er in der Sozialdemokratie über einen beträchtlichen Zeitraum aufrechterhalten konnte. Darin liegt seine positive Bedeutung für die damalige Zeit. Doch hatte auch diese Positionierung ihre ethnozentrischen Grenzen, z. B. im damals gängigen und noch bis heute leider nachwirkenden Sprachgebrauch. Man kann Ralf Hoffrogge durchaus folgen, der den Grunddiskurs in der SPD so kommentierte, dass die Positionen Kautskys und Ledebours eine Art eurozentrische „Entwicklungshilfe“ mit dem Bild des „edlen Wilden“ im Hinterkopf hatten.³⁴

Die wachsende Kriegsgefahr in Europa alarmierte Ledebour und ließ ihn häufig im Reichstag und auf Parteitag der SPD das mahnende Wort ergreifen. Kaiser Wilhelm II. provozierte Frankreich durch seine Versuche, in Marokko kolonial Fuß zu fassen, und löste zwei Marokkokrisen aus, die an die Schwelle eines Kriegs heranführten. Die erste Marokkokrise 1906/07 wurde nach zähen Verhandlungen diplomatisch bewältigt. In beiden Krisen warnte Ledebour vor den Folgen deutscher Risikopolitik und kritisierte auch eigene Genossen heftig, die sich wie Gustav Noske von der Politik des „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ abwendeten.³⁵ Als während der zweiten Marokkokrise im Sommer 1911 der SPD-Parteivorstand wenig Eile zeigte, auf die Risikopolitik Wilhelms II. mit Massenaktionen zu antworten, weil er den erwarteten großen Wahlsieg bei den Reichstagswahlen im Januar 1912 nicht gefährden wollte, reagierte Ledebour mit massivem Einsatz als Redner und treibende Kraft, um diese Zurückhaltung aufzubrechen. Am 3. 9. 1911 schließlich fanden sich mindestens 200 000 Menschen im Treptower Park zu der bis dahin größten Friedenskundgebung zusammen. Ledebour selbst trat als Redner auf.³⁶

Auf dem folgenden Parteitag in Jena griff Ledebour den Parteivorstand scharf an und attackierte besonders Bebel wegen dessen heftiger Kritik an Rosa Luxemburg, die energische Friedensaktionen gefordert hatte. Zwischen Ledebour und Bebel entspann sich ein heftiger verbaler, auch persönlich geführter Schlagabtausch, der auf Ledebours unnachgiebigem Beharren auf Prinzipien zurückzuführen war.³⁷ Es kam in dieser Situation nicht zum offenen Bruch zwi-

34 Ralf Hoffrogge: *Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914*, Stuttgart 2011, S. 169.

35 Czitrich-Stahl, *Der Oppositionelle*, S. 234 f.

36 *Vorwärts*, 4. 9. 1911, Extraausgabe.

37 Czitrich-Stahl, *Der Oppositionelle*, S. 242 f. Rosa Luxemburg hatte in einer Streitschrift mit dem Titel „Wieder Masse und Führer“ den Parteivorstand öffentlich für dessen Haltung

schen beiden, denn in der Sache konnte sich Ledebour durchaus als Sieger fühlen. Andererseits distanzieren sich Luise und Karl Kautsky sowie Rudolf Hilferding von Ledebours Auftreten.³⁸ Doch führt von dieser Situation aus eine Verhaltenskonstante in die zukünftige politische Entwicklung, die sich nach dem Kriegsausbruch am 4. 8. 1914 an wichtigen Schnittstellen zeigen sollte: In Prinzipienfragen blieb Ledebour unkorrigierbar und ließ sich weder durch die Chance politischer Erfolge noch durch die Gefahr des Bruches von Freundschaften beeindrucken.

Er versäumte es nicht, auch in der Zeit der wachsenden Kriegsgefahr die positiven Seiten der Entwicklung in Großbritannien den offensichtlichen Mängeln der Hohenzollernmonarchie entgegenzuhalten, etwa den Unterschied zwischen einem mächtigen House of Commons und einem dem Bundesrat nachgeordneten Reichstag. Hier drängte er sogar auf Versuche, den deutschen Kaiser an den Reichstag zu binden, um dem britischen Beispiel zu folgen. Ein entsprechender Antrag der SPD, von ihm am 2. 12. 1908 begründet, löste eine heftige Kontroverse im Reichstag aus, die aber letztlich zur Nichtbefassung des Antrags führte. Ledebours Rede allerdings wurde von der Vorwärts-Buchdruckerei öffentlich vertrieben. Hier kam einmal mehr zum Ausdruck, was Siemsen über Ledebour schrieb, dass er zum entschiedenen Marxisten wurde und ein radikaler Demokrat blieb.³⁹

Er bekämpfte als Demokrat die Rückständigkeit des Hohenzollernstaates, der die Revolution von 1848 niedergeworfen hatte, und als Sozialist und Demokrat kämpfte er für die volle Emanzipation des Volkes, besonders für die bislang minderberechtigte Arbeiterschaft, was die wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Selbstbestimmung anbelangte. Genauso wie seine Grundpositionen zur Nationalitätentoleranz, zur Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker, zum Frieden und zum Minderheitenschutz gehörte das Drängen auf eine starke und im Verfassungsgefüge prioritäre Stellung einer Volksvertretung zum innersten Kern seiner Überzeugungen, die er nie aufgeben sollte. In seinem parlamentarischen Wirken in dieser Periode seines Lebens sind sicherlich auch seine Hauptverdienste zu suchen. Seine Wählerschaft im Wahlkreis Berlin VI honorierte seine Arbeit mit einem von Wahl zu Wahl gesteigerten Ergebnis: Am

gerügt, dieser hatte mit Vorwürfen wie „Indiskretion“, „Irreführung“ oder „Illoyalität“ auf ihre Schrift geantwortet; Bebel zeigte sich persönlich beleidigt.

38 Ratz, Ledebour, S. 135.

39 Siemsen, Georg Ledebour, S. 18.

25. 1. 1912 waren es 80,8 Prozent anstelle von 71,7 Prozent. Hatte er 1907 noch 99 560 Stimmen auf sich vereinigt, so waren es nun 142 500.⁴⁰

Weltkrieg, Spaltung, Revolution und Republik: Ledebour zwischen Volkstribun und Sektenführer (1914–1931)

Auf den Ausbruch des Ersten Weltkrieges am 1. 8. 1914 reagierte die SPD mit ihrem fundamentalen Schwenk hinsichtlich der Bewilligung der Kriegskredite, entgegen dem erklärten Willen und fraktionsinternen Handeln Ledebours, Haases und anderer. Als sie und weitere Kriegsgegner in der SPD-Reichstagsfraktion offen ein Minderheitenvotum im Reichstagsplenum abgaben und gegen die Kriegskredite stimmten, folgten am 24. 3. 1916 die Spaltung der Fraktion und die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, deren Ausschluss aus der Partei (18. 1. 1917) und die Gründung der USPD (6.–8. 4. 1917), deren Vorsitzender Ledebour gemeinsam mit Haase wurde.⁴¹ Seitdem beteiligte sich Ledebour an führender Stelle an allen oppositionellen Massenaktionen und an den internationalen Bestrebungen zur Beendigung des Krieges. Er engagierte sich auch bei der Vorbereitung der Revolution, die schließlich am 9. 11. 1918 die Monarchie stürzte und durch eine Republik ersetzt, deren Richtung noch offen zu sein schien. Ledebour weigerte sich, als Abgesandter für die USPD in den gemeinsam mit der SPD gebildeten Rat der Volksbeauftragten (RdV) als Revolutionsregierung einzutreten; er wollte nicht mit ehemaligen Bewilligern der Kriegskredite zusammenarbeiten.⁴² Dies ist eine jener hier nur exemplarisch zu untersuchenden Zäsuren, die Ledebours Verhalten im Konfliktfeld zwischen Prinzipientreue und möglichen politischen Chancen in den Blick nehmen sollten. Weitere dieser Zäsuren waren sein Rücktritt aus dem SPD-Fraktionsvorstand (9. 1. 1915), sein Verhalten in der Periode zwischen den „Weihnachtskämpfen“ (23./24. 12. 1918) und seiner Verhaftung (11. 1. 1919) sowie seine Ablehnung einer Wiedervereinigung der USPD mit der SPD, die am 24. 9. 1922 in Nürnberg vollzogen wurde. Auch hier ist nach dem Verhältnis von politischen und moralischen Prinzipien, emotionalen Dispositionen und Lage- und Chancenbeurteilungen zueinander zu fragen.

40 Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1: Von den Anfängen bis 1917, Berlin 1987, S. 525.

41 Zur USPD immer noch als maßgebliche Quelle Hartfrid Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1975.

42 Czitrich-Stahl, Der Oppositionelle, S. 342f.

Als am 4. 8. 1914 eine Mehrheit in der SPD-Reichstagsfraktion die Zustimmung zu den Kriegskrediten durchsetzte und auf die Fraktionsdisziplin pochte, gehörte Ledebour mit Karl Liebknecht und Haase zu den entschiedensten Gegnern dieser Entscheidung. Als durch die Zustimmung der SPD der „Burgfrieden“ mit Kaiser und Regierung beschlossen wurde, heißt es über Ledebour, dass er „hinter uns Gift spie“, wie sich Friedrich Ebert erinnerte.⁴³ Ledebour sah den Krieg von deutscher Seite als einen imperialistischen Krieg, den man unter keinen Umständen unterstützen dürfe. Doch als er aufgefordert wurde, an der Fraktionserklärung mitzuarbeiten, lehnte er ab, wohl um nicht formulieren zu müssen, was er innerlich nicht mittrug.⁴⁴ Nach dem mutigen Gegenvotum Liebknechts zu den Kriegskrediten am 2. 12. 1914 traten die Konflikte in der Fraktion immer offener zutage. Als eine von ihm, Dittmann und Gustav Hoch beantragte Fraktionssitzung zur Klärung offener Fragen offensichtlich verschleppt und später abgelehnt wurde, verfasste Ledebour eine Denkschrift zu den inhaltlichen Auseinandersetzungen und zum Verhalten der Mehrheit des Fraktionsvorstands und erklärte am 9. 1. 1915 seinen Rücktritt. Er warf ihm vor, zu einer „langen Kette von Zerrüttungserscheinungen in der Fraktion“ beigetragen zu haben und wollte die Mitverantwortung für diese Art von Geschäftsführung nicht mehr tragen.⁴⁵

Doch stieß sein Rückzug bei seinen kriegskritischen Mitstreitern nicht unbedingt auf Zuspruch, Dittmann schrieb: „Das war zweifellos eine große Torheit, durch Ledebours hitziges Temperament hervorgerufen.“⁴⁶ Der Vorwurf lautete, dass sich Ledebour in scharfen Konfliktsituationen zu sehr von seinen Emotionen leiten ließ und damit provozierte, dass die sich bildende Opposition einen ihrer erfahrensten und redebegabtesten Parlamentarier im Vorstand verlor. Doch war dieses Ereignis keineswegs einzigartig: Als nach dem Tod August Bebels am 13. 8. 1913 der Fraktionsvorstand ergänzt werden musste, wurde Ledebour als sein Nachfolger vorgeschlagen. Gegen ihn kandidierte Philipp Scheidemann, der 49, Ledebour 50 Stimmen erhielt. Hätte Ledebour für sich selbst gestimmt, hätte er die absolute Mehrheit bekommen. Stattdessen verlor er eine Woche später die Abstimmung gegen Scheidemann. Wieder war es Dittmann, der diesen

43 Friedrich Ebert, zit. nach Wolfgang Kruse: *Krieg und nationale Integration. Eine Neubewertung des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15*, Essen 1993, S. 154.

44 Czitrich-Stahl, *Der Oppositionelle*, S. 290.

45 *Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918*, Zwei Teile. Bearb. Erich Matthias/Eberhart Pikart, Düsseldorf 1966, 2. Teil, S. 15–26.

46 Wilhelm Dittmann: *Erinnerungen. Drei Bände*. Bearb. und eingel. von Jürgen Rojahn, Frankfurt a. M. 1995, Bd. 2, S. 277.

Rigorismus Ledebours als „Torheit“ kritisierte. Man kann nur spekulieren, was mit Ledebour als Mitvorsitzendem der Fraktion am 4. 8. 1914 geschehen wäre, aber es bleibt die Erkenntnis, dass auch hier nicht nüchternes Kalkül entscheidungstragend gewesen war.⁴⁷

Besonders aufschlussreich war, dass es wegen der Kooperation im RdV beinahe am Dezemberbeginn zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen Ledebour und Haase gekommen war.⁴⁸ Ledebours Ablehnung der Kooperation der USPD mit der SPD im Rat der Volksbeauftragten erhielt neue Nahrung durch die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der Volksmarinedivision und den vom RdV befehligten Truppen am 23./24. Dezember 1918, die sog. „Weihnachtskämpfe“.⁴⁹ Schon wenige Tage vorher hatte es innerhalb der USPD heftige Debatten über das Auftreten auf dem Reichsrätekongress gegeben. Die Delegierten machten den Weg für die Wahl der Nationalversammlung frei und lehnten die Alternative eines Rätessystems mehrheitlich ab. Als Konsequenz aus dieser Niederlage setzte eine von Ledebour geführte Mehrheit den Boykott des „Zentralrats der sozialistischen Republik“ als auf dem Kongress beschlossenen neuen staatlichen Leitungsgremium durch, das bis zur Wahl einer neuen Staatsführung amtieren sollte. Auch hier stand er gegen Haase und Dittmann, die eine Mitarbeit vorzogen.

Nachdem Ledebour während der Weihnachtskämpfe einen Waffenstillstand vermittelt hatte, wurde in der USPD heftig über die akute Krise des RdV diskutiert. Ledebour hielt die SPD-Mitglieder im RdV (Ebert, Scheidemann, Otto Landsberg) für schuldig, planmäßig die militärische Konfrontation gesucht zu haben und drängte auf den Austritt der USPD-Mitglieder (Haase, Dittmann, Emil Barth).⁵⁰ Als diese am 29. 12. 1918 den RdV verließen, hatte sich mittlerweile das Verhältnis zwischen Haase und Ledebour nach der beinahe tätlichen Auseinandersetzung persönlich erheblich verschlechtert. Ledebour lehnte eine gemeinsame Kandidatur für die Wahlen zur Nationalversammlung in der USPD ab und versuchte, parallel zum Gründungsparteitag der KPD am Jahreswechsel

47 Ebenda, S. 227.

48 Dittmann, *Erinnerungen*, Bd. 2, S. 581.

49 Zu den Hintergründen der „Weihnachtskämpfe“ Czitrich-Stahl, *Der Oppositionelle*, S. 354–356.

50 Ledebour-Prozeß, S. 40f.; Ledebour: *Die deutsche Novemberrevolution* (12. Forts.), „Sozialistische Arbeiterzeitung“, 27. 11. 1931, Beilage. Die SoAZ war das Organ der im Oktober 1931 gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), der auch Ledebour beigetreten war.

1918/19 die Bildung einer gemeinsamen, nichtkommunistischen Linkspartei mit Karl Liebknecht und anderen Vertreter der künftigen KPD zu verhandeln.

Als diese Gespräche scheiterten, ließ sich die KPD-Gründung nicht aufhalten, und so stand Ledebour abseits aller Einflussmöglichkeiten in einer künftigen Nationalversammlung, denn eine Kandidatur war hinfällig geworden. Ledebour trat als Ko-Vorsitzender der USPD zurück, Dittmann stellte eine starke, wenn auch letztlich vorübergehende Entfremdung Ledebours von der Partei fest.⁵¹ Tatsächlich drängt sich der Eindruck auf, er habe aus persönlicher Verletztheit über den Konflikt mit Haase, der den Stab über eine Kooperation mit der SPD nicht endgültig brechen wollte, mit einem Spaltungsversuch reagiert. Ob er hier die Person über die Sache gestellt hatte oder doch in Konfliktsituation Politisches und Persönliches nicht zu trennen wusste bzw. bereit war, ist letztlich nicht eindeutig zu beantworten, doch führte diese Konstellation geradewegs in den Januaraufstand 1919 mit den weit mehr als 100 Toten und in die Niederlage der revolutionären Bewegung, die den Wahlen zur Nationalversammlung durch eine revolutionäre Erhebung zuvorkommen wollte.

Am 11. 1. 1919 wurde Ledebour verhaftet und wartete im Gefängnis auf seinen Prozess. Dass er nicht wie Luxemburg und Karl Liebknecht wegen seiner führenden Beteiligung am Aufstand ermordet wurde, verdankte sich wohl vor allem seiner enormen Popularität. Diesen Umstand nutzte er im Mai und Juni 1919 bei den Prozessverhandlungen aus, indem er als Ankläger gegen die Politik der Regierung Ebert-Scheidemann auftrat.⁵² Sein Freispruch ermöglichte ihm die politische Rückkehr in die USPD. Er drängte zugleich in den Hintergrund, dass er als eine treibende Kraft hinter dem Januaraufstand durchaus zu dessen Radikalisierung beitrug. Letztlich aber verlor er die Kontrolle über die Entwicklungen, sodass sich aus einer Massenbewegung ein bewaffneter Aufstand entwickelte, der in einer Niederlage endete.

Seine Ablehnung einer Kooperation mit der SPD wirkte auch noch sechs Jahre nach dem Ausschluss der SAG aus der SPD unvermindert fort. Im Jahr 1922, unter dem Eindruck von Reparations- und Wirtschaftskrise, Rechtsterrorismus und dem schwindenden Einfluss der USPD nach ihrer Spaltung am 16. 10. 1920 in Halle, als sich ihr Räteflügel mit der KPD zu vereinigen beschloss, näherten sich SPD und verbliebene USPD schnell aneinander an und beschlossen die

51 Dittmann, *Erinnerungen*, Bd. 2, S. 633.

52 *Freiheit*, 24. 6. 1919, Mittagsausgabe. Die Vossische Zeitung und u. a. die Freiheit der USPD berichteten regelmäßig über den Prozessverlauf.

Wiedervereinigung, die am 24. 9. 1922 in Nürnberg vollzogen wurde. Auch hier verweigerte sich Ledebour und stimmte kurz zuvor mit nur wenigen Mitstreitern wie Theodor Liebknecht und Kurt Rosenfeld dagegen. Im Gegensatz zu Ledebour entschloss sich Rosenfeld, die Vereinigung mitzuvollziehen.⁵³ Ledebour und Theodor Liebknecht führten die Rest-USPD bis zum Januar 1924 gemeinsam weiter, bis Ledebour nach einer verlorenen Abstimmung über die Strategie der zur Kleinpartei geschrumpften USPD im Ruhrkampf 1923 seinen Austritt erklärte und den „Sozialistischen Bund“ gründete.⁵⁴ Ledebours unbedingtes Beharren auf seinen Prinzipien, besonders nach Abstimmungsniederlagen, und seine strikte Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der SPD führten ihn letztlich ins politische Abseits und spalteten den Linkssozialismus insgesamt, auch wenn gilt, dass für jenen der Platz zwischen SPD und erstarkender KPD ohnehin stark eingeengt wurde.

Niederlage und Exil (1932–1947)

Im Oktober 1931 trat der „Sozialistische Bund“ korporativ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) bei. Die Mitglieder engagierten sich vorwiegend im Vorfeld der KPD oder für Volksbegehren wie jene für die entschädigungslose Fürstenenteignung oder gegen den Panzerkreuzerbau.⁵⁵ Ledebour meldete sich sofort zu Wort, indem er in der „Sozialistischen Arbeiterzeitung“ einen Rückblick auf die Novemberrevolution in 18 Folgen verfasste.⁵⁶ Hier versuchte er, angesichts der Gefahr durch die NSDAP positiv an die revolutionäre Bewegung von 1918/19 anzuknüpfen und die Partei, von der er sich einen neuen linkssozialistischen Aufschwung erhoffte, mit entsprechendem Kampfgeist zu unterstützen. Doch schon 1932, als die Demokratie in rasendem Tempo angegriffen und geschwächt wurde, stand der Verteidigungskampf gegen den Faschismus auf der Tagesordnung. Ledebour erkannte exakt die heraufziehenden Bedrohungen, auch die direkte physische Bedrohung durch eine NS-Machtübernahme. Seine Appelle an die Aktionseinheit der Arbeiterparteien verhallten

53 Krause, USPD, S. 256–263.

54 Czitrich-Stahl, Der Oppositionelle, S. 400–413.

55 Axel Weipert: „Den Fürsten keinen Pfennig!“ Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926, Berlin 2021; Czitrich-Stahl, Der Oppositionelle, S. 404–413.

56 Die Veröffentlichungsdaten reichen vom 12. 11. 1931 bis zum 3. 12. 1931.

wirkungslos.⁵⁷ Parallel zu den Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932 schienen seine Frau Minna⁵⁸ und er sich auf den Gang ins Exil vorbereitet zu haben, denn seitdem sind keine öffentlichen Äußerungen mehr nachweisbar.

Am 3. 3. 1933 wurde ihre Einreise in die Schweiz registriert, vermutlich flohen sie direkt nach dem Reichstagsbrand (27. 2. 1933) aus Berlin, um der Verhaftung und mutmaßlichen Ermordung zu entgehen. Das erste Quartier war das Volkshaus der Berner Arbeiterbewegung, danach lebten sie in bescheidenen Wohnungen und von der Unterstützung durch die Schweizerische Flüchtlingshilfe.⁵⁹ Robert Grimm, der Zürcher Sozialist und Kampfgefährte Ledebours seit der Zimmerwalder Konferenz vom September 1915, dürfte ein verlässlicher Ansprechpartner für die Ledebours gewesen sein. Wegen des politischen Betätigungsverbots für Flüchtlinge blieben die Möglichkeiten für politische Aktivitäten in der Schweiz selbst beschränkt. Besuche von Genossinnen und Genossen wie Siemsen, Fanny Jezierska oder Rosenfeld brachten etwas Abwechslung in den mitunter materiell kärglichen Alltag, von dem Ledebour in mehreren Briefen, u. a. an Käte und Hermann Duncker oder Theodor Liebknecht, schrieb. Mit ihm schien er sich wieder ausgesöhnt zu haben, denn ab 1941 intensivierte sich ihr Briefwechsel. Ledebour lud Theodor Liebknecht zu einem Besuch in Bern ein und schlug das „Volkshaus“ als Quartier mit der Bemerkung vor, dass die Ledebours dort erste Aufnahme nach der Flucht gefunden hätten.⁶⁰

Doch wurde es im Laufe der Jahre immer einsamer um die beiden, zu deren Freundeskreis auch Dittmann gehörte, der ihm regelmäßig aus seinem Züricher Exil gratulierte und aus diesen Anlässen Beiträge für die Schweizer Parteipresse über ihn verfasste.⁶¹ Am Ende seines Lebens rief Ledebour zur friedlichen Lösung der deutsch-polnischen Gebietsfragen jenseits von Oder und Neiße auf und machte deutlich, dass er sich von seinem politischen Grundsatz der Nationalitätentoleranz nicht verabschiedet hatte. Die Vereinigung von KPD

57 So schrieb er mehrere an die Arbeiterschaft und an SPD und KPD gerichtete Beiträge in der SoAZ im Zeitraum von Juli 1931 bis November 1932.

58 Minna Ledebour, geb. Stamfuß (1867–1962), stammte aus Brandenburg. Sie lernte Georg in der Arbeiterbildungsschule kennen, die beiden heirateten 1895. Die Ehe blieb kinderlos. Sie stand oft mutig ihrem Mann zur Seite und übte, wie Anna Siemsen sich erinnerte, oft einen mäßigenden Einfluss auf ihren Gatten aus. Siemsen, Georg Ledebour, S. 18.

59 Czitrich-Stahl, *Der Oppositionelle*, S. 427–438.

60 Georg Ledebour: Brief an Theodor Liebknecht, 21. 5. 1945, in: Internationale Institute for Social History (IISH) Amsterdam, Theodor Liebknecht Papers (1886–1948), ARCH00823.

61 Wilhelm Dittmann: Georg Ledebour, dem 88jährigen Veteranen des Sozialismus zum Gruß, in: Berner Volkswacht, Beilage, 5. 3. 1938.

und SPD zur SED in der Sowjetischen Besatzungszone begrüßte er, ein Wegzug aus Bern allerdings kam gesundheitlich nicht mehr infrage. Ledebour starb am 31. 3. 1947 in Bern kurz nach Vollendung seines 97. Lebensjahres.

Seine Frau Minna überlebte ihn um 15 Jahre und blieb in der Schweiz. Dass der „radikale Demokrat und entschiedene Marxist“⁶² bald vergessen wurde, lag wohl an den Folgen seiner Eigentümlichkeit, die zugleich seine Stärke wie seine Schwäche war: Er hielt ein politisches Leben lang ehern an seinen Prinzipien und Inhalten wie z. B. der Nationalitätentoleranz, dem entschiedenen Parlamentarismus, der Durchsetzung einer radikalen Demokratie, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker oder dem Schutz von Minderheiten fest, die er lieber konsequent in der Opposition als mit Kompromissen in politischen Ämtern vertrat. Dabei nahm er in Kauf, dass auch Freundschaften zu Bruch gingen oder zeitweilig ausgesetzt waren. Als Parlamentarier und als Politiker vor allem der SPD und der USPD brachte er diese Leitprinzipien und Leitinhalte mit einer Entschlossenheit zum Ausdruck, die der Erinnerung würdig ist. Hier schien er nicht trennscharf Politisches von Persönlichem scheiden zu wollen oder zu können. Diese Trutzburgmentalität aber machte ihn zu einem Kristallisationspunkt für jüngere Linkssozialistinnen und Linkssozialisten in persönlicher wie inhaltlicher Hinsicht.

62 Siemsen, Georg Ledebour, S. 18.

ARBEIT BEWEGUNG GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN 2025/II

Olaf Briese:

„Arbeiter-Bearbeiter“.

Zur Motivation frühsozialistischer und
frühkommunistischer Intellektueller

Holger Czitrich-Stahl:

Zwischen Aufklärung, Revolution und Parteispaltung.
Georg Ledebour, eine biografische Annäherung

Jens Becker:

Neuordnung im Geiste sozialer Gerechtigkeit.
Denken und Handeln des IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner

Impressum

ISSN: 2366-2387 | ISBN: 978-3-86331-805-5

Herausgeber:

© Förderverein für Forschungen zur
Geschichte der Arbeiterbewegung e. V.,
Weydingerstr. 14–16, D–10178 Berlin
redaktion@arbeit-bewegung-geschichte.de

Verlag: Metropol Verlag, Inh. Friedrich
Veitl, Ansbacher Str. 70, D–10777 Berlin,
www.metropol-verlag.de
veitl@metropol-verlag.de

Redaktion: Eric Angermann, Dr. Fabian
Bennwitz, Vera Bianchi, Dr. Marcel Bois,
Dr. Holger Czitrich-Stahl, Lena Glöckler,
Minas Hilbig, Janik Hollnagel, Anna
Horstmann, Bernd Hüttner, Dr. Dietmar
Lange, Lisa Leichthammer, Katja Reuter,
Lukas Rosenberg, Anja Thuns (V.i.S.d.P.),
Dr. Axel Weipert

E-Mail-Adresse für Buchbesprechungen:

buchbesprechungen@arbeit-bewegung-
geschichte.de

„Arbeit – Bewegung – Geschichte“ er-
scheint dreimal jährlich (Januar, Mai,
September) im Metropol Verlag Berlin im
Gesamtumfang von ca. 600 Seiten. Jahres-
abonnement 39,- € (Inland) bzw. 49,- €
(Ausland), einschl. Porto; Einzelheftpreis
14,- €, zzgl. Porto.

Das Abonnement verlängert sich zu den je-
weils geltenden Bedingungen um ein Jahr,

wenn es nicht zwei Monate vor Jahresende
schriftlich gekündigt wird.

Bestellungen, Vertrieb und

Anzeigenannahme: Metropol-Verlag

Die in „Arbeit – Bewegung – Geschichte“
veröffentlichten Texte sind urheberrecht-
lich geschützt. Es erscheinen nur Beiträge,
die nicht anderweitig zur Veröffentlichung
angeboten wurden oder bereits publiziert
sind (Druck und Internet). Wird ein Ma-
nuscript zur Publikation angenommen,
gehen die Veröffentlichungsrechte an den
Herausgeber, auch für eine Online-Publi-
kation auf der Website der Zeitschrift.
Manuskripte (nur letzte Fassungen) kön-
nen per E-Mail, vorzugsweise als Word-
Datei, bei der Redaktion eingesandt
werden. Beiträge sollten 50 000, Berichte
10 000 und Buchbesprechungen 8000 Zei-
chen nicht überschreiten (inkl. Fußnoten
und Leerzeichen). Die Redaktionsricht-
linien sind auf unserer Website abrufbar.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben
nicht die Meinung der Redaktion wieder.
Beiträge für die Zeitschrift werden nicht
honoriert. Hefte bis einschl. Jahrgang 2015
können – soweit noch vorhanden – über
die Redaktion bestellt werden.

Satz: Metropol Verlag

Druck: Arta Druck, Berlin

Unterstützendes Korrektorat:

Hildegard Fuhrmann

Redaktionsschluss: 4. 4. 2024

Inhalt

Beiträge

- 7 *Olaf Briese*: „Arbeiter-Bearbeiter“.
Zur Motivation frühsozialistischer und frühkommunistischer Intellektueller
- 28 *Holger Czitrich-Stahl*: Zwischen Aufklärung, Revolution
und Parteispaltung. Georg Ledebour, eine biografische Annäherung
- 49 *Jens Becker*: Neuordnung im Geiste sozialer Gerechtigkeit.
Denken und Handeln des IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner

Geschichtskultur

- 70 *Anna Horstmann*: Interview mit Kai Ricarda Reinhoff,
Kuratorin der Ausstellung „Stolz und Vorteil.
Duisburger Familien zwischen 1870 und 1930“

Berichte

- 76 *Vincent Delius*: „Drecksarbeit. Materialitäten, Semantiken und
Praktiken seit dem 19. Jahrhundert“. 3. Tagung der German Labour
History Association (GLHA), 13.–15. 11. 2024

Buchbesprechungen

- 82 Maximilian Becker: Antifaschismus und Kalter Krieg.
Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer in
Nachkriegseuropa (*Trille Schünke-Bettinger*)
- 84 Max Beer: Handlexikon sozialistischer Persönlichkeiten
(*Andreas Herbst*)

- 86 Antonia Bihlmayer: DDR-Sozialismus in der Karibik?
Die ostdeutsche Kuba-Politik zwischen 1959 und 1989 (*Katja Reuter*)
- 89 Peter Brandt/Detlef Lehnert: Eine kurze Geschichte der deutschen
Sozialdemokratie (*Michael Kitzing*)
- 93 Lukas Egger: Ein immerwährendes Brandmal? Rassismus und
die Regulation der kolonialen Sklaverei in Anglo-Amerika
(*Julian zur Lage*)
- 95 Heinrich Theodor Grütter: Glückauf – Film ab!
Kino- und Filmgeschichte des Ruhrgebiets (*Klaus Wisotzky*)
- 98 Horst Haenisch: Kann der Marxismus den Holocaust erklären?
(*Dietmar Lange*)
- 101 Michael Hardt: The Subversive Seventies (*Gerd-Rainer Horn*)
- 104 Ludger Joseph Heid: Ostjüdische Arbeiter im Ruhrgebiet 1915–1923
(*Wolfgang Hien*)
- 106 Hessische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.):
Die „Machtergreifung“ in Rhein-Main (*Herbert Bauch*)
- 109 Jan Kellershohn (Hrsg.): Der Braunkohlebergbau im 20. und
21. Jahrhundert (*Claudia Hamberger*)
- 112 Sophie Lange: Deutsch-deutsche Umweltpolitik 1970–1990.
Eine Verflechtungsgeschichte im internationalen und
gesellschaftlichen Kontext des Kalten Krieges (*Dieter Rink*)
- 115 Dunja Larise: Helene Bauer – Intellektuelle, Ökonomin,
Austromarxistin. Schriften zur politischen Ökonomie 1919–1936
(*Uli Schöler*)
- 118 Klaus Leesch: Eduard Bernstein (1850–1932). Leben und Werk
(*Michael Brie*)
- 122 Alexandra Lindgren-Gibson: Working-Class Raj.
Colonialism and the Making of Class in British India (*Lukas Rosenberg*)
- 125 Anne O'Donnell: Power and Possession in the Russian Revolution
(*Milan Mentz*)

- 128 Stephan Klecha: Der treue Funktionär. Otto Buchwitz – Vom traditionellen Sozialdemokraten zum überzeugten Unterstützer der SED (*Mike Schmeitzner*)
- 131 Ulrich Schneider: Die „Antifaschistische Weltliga“ von 1923/24 in Quellen und Dokumenten (*Ronja Oltmanns*)
- 134 William T. Smaldone: „Freedom is Indivisible“. Rudolf Hilferding’s Correspondence with Karl Kautsky, Leon Trotsky, and Paul Hertz, 1902–1938 (*Thilo Scholle*)
- 136 Jörg Später: Adornos Erben. Eine Geschichte aus der Bundesrepublik (*Gottfried Oy*)
- 140 Isaak N. Steinberg: Gewalt und Terror in der Revolution (*Wladislaw Hedeler*)
- 142 Cara Tovey/Julian Klinner (Hrsg.): Karl-Marx-Hof. Schlüsselbau der Moderne (*Ruth Hanisch*)
- 145 Jakob Warnecke: Wandel gewerkschaftlicher Praxis im ostdeutschen Betrieb (*Jessica Lindner-Elsner*)
- 148 Maike Wöhler: „In Deutschland wartet das Paradies auf uns“. Die Olympia Werke und die griechische Arbeitsmigration in Nordwestdeutschland (*Anda Nicolae-Vladu*)
- 152 Abstracts
- 155 Autor:innen
- 156 Wissenschaftlicher Beirat